

Abschlussdiskussion „Wege zu einem Gesamtkonzept gegen Kinderarmut“

Teilnehmer: Katja Dörner MdB (Bündnis 90/Die Grünen), Sibylle Laurischk MdB (FDP), Caren Marks MdB (SPD), Eckhard Pols MdB (CDU), Jörn Wunderlich MdB (Die Linke), Dr. Claus Schäfer (WSI)

Moderation: Alexandra Kramm (schulter-blick)

Zusammenfassung

Die Vertreter/-innen der christlich-liberalen Regierungskoalition verteidigten die verabschiedeten Hartz IV-Neuregelungen. Es habe sich gezeigt, dass Geld die Kinder oftmals nicht erreiche, daher seien Sachleistungen der richtige Weg. Sie plädierten dafür, die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets durch die Kommunen zu beobachten und gegebenenfalls nach einiger Zeit nachzusteuern. Die Vertreter/-innen der Oppositionsfraktionen sprachen sich hingegen einhellig gegen die vorherrschende stigmatisierende Diskussion und Misstrauenskultur aus. Die allermeisten Eltern wollten das Beste für ihre Kinder und würden sogar bei ihren eigenen Bedarfen einsparen, um jene der Kinder zu erfüllen. Sie kritisierten, dass die Kinderregelsätze nicht verfassungskonform berechnet und zudem nicht hoch genug seien. Auch das Bildungs- und Teilhabepaket sei nicht ausreichend, die Beantragung zu kompliziert und der Bürokratieaufwand insgesamt viel zu hoch.

Dörner und Wunderlich sprachen sich, bei leicht unterschiedlicher Akzentsetzung, für die Einführung einer Kindergrundsicherung aus. Marks forderte die finanziellen Leistungen auszubauen, gleichzeitig müsse aber in eine gebührenfreie Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur investiert werden, um Teilhabe zu ermöglichen. Pols unterstrich demgegenüber, dass für ihn der wichtigste Schritt gegen Kinderarmut darin bestehe, die Eltern wieder in Arbeit zu bringen: „Sozial ist, was Arbeit schafft.“ Laurischk betonte insbesondere die Wichtigkeit eines kostenlosen Zugangs zu Bildungsangeboten.

In der Diskussion mit dem Publikum wurde gefordert, dass die Aufwendungen für Bildung und Teilhabe in die Regelsätze hineingerechnet werden müssten. Es sei zu befürchten, dass das Bildungs- und Teilhabepaket zu großen Teilen nicht in Anspruch genommen werde. Gegen Pols' Credo, dass sozial ist, was Arbeit schafft, wurde eingewendet, dass die meisten armen Kinder mindestens einen erwerbstätigen Elternteil hätten. Das Problem seien vor allem die sich ausbreitenden Niedriglöhne. Gerade hier würde eine Kindergrundsicherung eine wesentliche Hilfe darstellen. Bei der Frage, was die Koalition familienpolitisch bis zum Ende der Legislatur noch vorhabe, wurde deutlich, dass hier nicht mehr viel zu erwarten ist. Laurischk wie Pols betonten, dass eher gespart werden müsse als über neue Leistungen nachzudenken.

Dies veranlasste den Wissenschaftler Claus Schäfer in seinem Abschlussstatement zu der klaren Aussage, dass die Politik die Kinderarmut nicht ernst nehme, solange sie nur vom Sparen spreche. Stattdessen müsse darüber nachgedacht werden, wie beispielsweise über eine Neugestaltung des Verhältnisses von Bund, Ländern und Gemeinden Mittel freigemacht werden könnten.

Dr. Bettina Rainer (Zukunftsforum Familie e.V)